

TOP 3

**„Schutzschirm für Leih-, Zeit- und Kurzarbeiter“**

Rede des Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion  
Rainer Schmelzer MdL

anlässlich  
der Plenarsitzung am 18. Dezember 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

der Umgang mit der Leih- und Zeitarbeit zeigt, wie unterschiedlich sich die Parteien zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verhalten.

Es wird deutlich: Der Arbeitsminister spitzt die Lippen für Melodien der Arbeiterbewegung. Am Ende singt er jedoch das Lied des Kapitalismus und der FDP.

21. Februar 2008 – wir diskutieren hier über eine Forderung des Arbeitsministers Laumann: `Wenn die Branche – gemeint ist die Zeitarbeitsbranche – nicht ins Entsendegesetz aufgenommen wird, können Anbieter aus Osteuropa ab 2009 zu den Löhnen ihres Landes hier arbeiten. Das halten wir nicht aus.`

Der Arbeitsminister stimmte in der anschließenden Abstimmung gegen seine Überzeugung und lehnte den Antrag der SPD, die Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz aufzunehmen, ab.

13. März 2008: Wir diskutieren aus Anlass der Verlagerung des NOKIA-Werks von Bochum nach Rumänien über die gleichzeitige Kündigung von rd. 1.200 Leiharbeitnehmern. Minister Laumann sprach in der Debatte am Beispiel von NOKIA von einer `Verengung auf diesen Einzelfall`.

Jetzt – im Rahmen insbesondere der Automobilkrise – ist dieser verengte Einzelfall zur Regel geworden: Hella, Deutz, Ford, Porsche, Triumph um nur einige zu nennen, zeigen, dass es immer zuerst die Leiharbeiter trifft. NOKIA war kein Einzelfall . Eine Erhebung der IG Metall zeigt, dass bereits in 7 von Zehn Betrieben Leiharbeitnehmer entlassen werden.

Diese Situation hat Bundesarbeitsministers Olaf Scholz erkannt und - anders als sein Kollege in NRW - gehandelt. Kurzarbeit wurde auch für die Zeit- und Leiharbeitsbranche ermöglicht und auf maximal 18 Monate verlängert.

Ein guter Weg. Ist doch ein Leiharbeiter durch den Schutzschirm der Kurzarbeit allemal besser gestellt und abgesichert als in der Arbeitslosigkeit.

Und da passt auch der ergänzende Vorschlag des DGB gut, einen Beschäftigungspool einzurichten, der die Leiharbeiter zum einen vor Arbeitslosigkeit schützt und zum anderen die Möglichkeit der Qualifizierung eröffnet. Ein guter Vorschlag, den es auch umzusetzen gilt.

Und auch hier entnehmen wir der Presse - Neue Westfälische vom 13.12.08 - dass Arbeitsminister Laumann für diesen Vorschlag Sympathien hat und sogar Zuschüsse für diese Fort- und Weiterbildung in Aussicht stelle.

Da spitzt er wieder das Mündchen, um dem DGB Sympathien zu zollen. Wir lauschen und erwarten, dass Sie jetzt auch pfeiffen werden! Lassen sie endlich mal ihren Worten Taten folgen. Setzen sie entsprechende Mittel in den Haushalt 2009 ein - Gelegenheit dazu haben sie noch.

Nehmen sie endlich einmal eigenes Landesgeld in die Hand -Geld für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Leiharbeiter. Dann wird ihnen geholfen - Hilfe bei Arbeitslosenzentren können sie ja weitestgehend nicht mehr erhalten, weil sie diese schon rasiert haben.

Die Not der Beschäftigten wird noch größer als dies in ihrer Studie beschrieben wird. An dieser Stelle: Erfreulich, dass sie einer Forderung unseres Antrags unmittelbar nach Vergabe der Drucksachenummer nachgekommen sind und nach nunmehr neun Monaten die Studie vorgelegt haben.

Die Not der Leih- und Zeitarbeiter wird 2009 größer werden.

2/3 aller Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche haben befristete Verträge, die nicht selten direkt an die Aufträge gekoppelt sind. Was aus den Beschäftigten der Branche wird, wenn die Verträge auslaufen, ist leicht vorstellbar. Da hat die Politik Fehler gemacht - auch wir Sozialdemokraten. Die Politik hat das Synchronisationsverbot aufgehoben. Das war falsch! Das ermöglicht Tagelöhnertum. Der Mensch steht hierbei nicht mehr im Vordergrund – er wird zur unternehmerischen Ware.

Oder anders ausgedrückt zitiere ich: „Ich persönlich halte die Frage für berechtigt, ob mit der Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ein größerer Schutz für Zeitarbeitnehmer realisiert werden kann; denn Menschen sind mehr als nur der Produktionsfaktor Arbeit.“

So Walter Kern von der CDU in der Debatte am 13. März 2009.

Damit wir uns auch heute nicht falsch verstehen: Wir sind nicht gegen die Leiharbeit. Sie wird benötigt: In saisonalen Spitzenzeiten oder etwa bei Auftragsspitzen. Aber die Rahmenbedingungen – insbesondere für die Menschen Leiharbeitnehmer – müssen stimmen. In dem Sinne, wie es auch Kollege Kern angesprochen hat. Wir müssen den rechtlichen Rahmen dafür schaffen, der die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der betroffenen Arbeitnehmer absichert.

Anrede,

Situationen, wie sie schon heute bekannt sind, die den Leiharbeiter auf die Stufe modernen Sklaventums stellen müssen verhindert werden.

Ein weiteres Beispiel: DIE WELT schreibt am 15.12.08:

„In einigen Arbeitspapieren auf Basis eines Tarifes des Arbeitgeberverbandes Mittelständischer Personaldienstleister mit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA ist etwa vereinbart, dass der Arbeiter von nahezu jedem Vorgesetzten gefeuert werden kann: vom Leiter am Einsatzort ebenso wie vom Disponenten der Zeitarbeitsfirma.“ Und weiter heißt es „ Wenn der Arbeiter entlassen wird, hat die Firma das Recht, einen Wochenlohn als Schadenersatz einzubehalten.“

Das ist Heuern und Feuern auf niedrigstem Niveau. `Abgesichert` durch Tarifverträge; abgeschlossen von Christlichen Gewerkschaften.

Und wie sie mit denen umgehen ist mir irgendwie nicht klar. Ging es um die Ablehnung des Mindestlohns, beziehen sie sich auf deren Tarifverträge – insbesondere ihre Kollegen in Berlin. Wird allerdings die Studie des Ministers vorgelegt, dann werden eben diese Tariferträge der Christlichen sogar vom Minister kritisiert, weil deren Abschlüsse nach seiner Ansicht deutlich zu wenig Lohn sichern. Richtig – Herr Minister – unser Reden. Und weil das so ist, dass eben solche sog. Tarifvertragspartner keine anständigen Löhne aushandeln, von denen die Menschen leben können, muss der Mindestlohn her.

Denn wie sieht denn ihre Rechnung in Richtung Grundsicherung aus, wenn tatsächlich Löhne um 5 Euro gezahlt werden. Da müssen sie auch mal rechnen!

Und wenn Sie in der Diskussion über die Aufnahme ins Entsendegesetz immer auf den hohen Tarifgrad verweisen, dann empfehle ich einmal, die Stellungnahme des IAB zur Anhörung in der vorletzten Woche genau zu lesen, die ja sehr deutlich darstellen, warum in der Zeitarbeitsbranche die Tarifgebundenheit - sehr wohl mit unterschiedlichen Tarifverträgen - so hoch ist.

Ich zitiere: "Dies ist nur darauf zurückzuführen, dass die Verleihbetriebe nur so die `equal treatment` Bestimmung umgehen können, die vorsieht, dass Leiharbeiter vom ersten Tag des Verleihs an Anspruch auf den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen haben wie ein vergleichbarer Mitarbeiter im Entleihbetrieb. Im Falle der Zeitarbeit ist es also die Tarifbindung des Verleihbetriebes, die es ermöglicht,

dass diese ein geringeres Entgelt, geringere Sozialleistungen etc. garantieren können, als dies bei den Entleihbetrieben der Fall ist." Zitat Ende

Kein soziales Gewissen gegenüber den Arbeitnehmern also, dass man mit Tarifverträgen arbeitet. Vielmehr das Umgehen einer sozial gerechten Entlohnung nach dem Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

Es liegt an der Politik Missstände in der Zeitarbeitsbranche zu verhindern bzw. für die Zukunft nicht zuzulassen. Leiharbeit ist nicht unanständig - aber es gibt unanständige Leiharbeit.

Deswegen brauchen wir einen rechtlichen Rahmen, dass die tariflichen und arbeitsrechtlichen Standards der Entleihunternehmen übernommen werden. Daher muss die Zeitarbeitsbranche, wie sie Herr Laumann es auch gefordert haben, Aufnahme ins Entsendegesetz finden.

Es muss der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten. Davon haben Sie sich ja bereits verabschiedet. Sie kritisieren bei den ARGEn, dass dort unterschiedliche Löhne für Beschäftigte der Stadt und der Agentur gezahlt werden, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Zurecht Herr Minister! Bei der Leiharbeit ducken Sie sich weg und finden unterschiedliche Löhne okay. Wo ist bloß ihr Kompass?

Wir Sozialdemokraten haben eine klare Richtung - für die Menschen - gegen Ausbeutung. Wir fordern, dass eine maximale Verleihzeit für Leiharbeit festgelegt werden muss. Um Stammebelegschaften vor Entlassungen zu schützen, und zu verhindern, dass die Tarife der Entleihfirmen unterlaufen werden.

Wir fordern, was Sie ablehnen. Um die Leiharbeiter nicht zu Tagelöhnern abzustempeln, brauchen wir dringend wieder das Synchronisationsverbot um Abhängigkeit von der Auftragslage zu verhindern. Heuern und Feuern ist keine soziale Arbeitsmarktpolitik.

Herr Minister Laumann. In der Presse und in Reden außerhalb dieses hohen Hauses hören und lesen wir oft von Ihnen Vorstellungen, die aus unserer Feder sein könnten. Im Unterschied zu Ihnen stellen wir dazu Anträge und transportieren unsere Ideen auch nach Berlin - durchaus mit Erfolg, wie man an der Kurzarbeit deutlich erkennen kann. Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf uns, weil der gute Bundesarbeitsminister ein Sozialdemokrat ist. Ein Kabinettsmitglied in der Großen Koalition! Sie sind Landesarbeitsminister, CDA-Bundvorsitzender und CDU-Bundesvorstandsmitglied. Sie haben das Heft des Handelns in der Hand. In Ihrer Partei aber auch als Minister im Kreis der Länder.

Jetzt müssen Sie endlich Ihren vollmundigen Worten draußen in Ihrem Haus Taten folgen lassen.

Oder wie es Dante Alighieri sagte:

"Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,  
der andere packt sie kräftig an und handelt."

Handeln Sie.